

Bericht

des Rechtsausschusses und des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den Gesetzesentwurf (Beilage 0202), mit dem das Burgenländische EU-Berufsangelegenheiten-Gesetz geändert wird (Zahl 2100-0154) (Beilage 0275).

Der Rechtsausschuss und der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit haben den Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische EU-Berufsangelegenheiten-Gesetz geändert wird, in ihrer 1. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 03.09.2025, beraten.

Landtagsabgeordnete Rita Stenger, MA wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Rita Stenger, MA den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzesentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag der Berichterstatterin mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und GRÜNEN gegen die Stimmen der FPÖ mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische EU-Berufsangelegenheiten-Gesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 03. September 2025

Die Berichterstatterin:
Rita Stenger, MA eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Dax eh.